

Hans Murr: Gedanken zum Wettbewerb

Vom Mitbewerber zum Monopolisten

„Wettbewerb ist gut, Wettbewerb spornt an,“ sagen viele. Verbunden ist dieser Begriff dann oft mit relativ harmlosen Vorgängen. Da bewerben sich Unternehmen mit ihren Produkten um die Gunst des Kunden und da gibt es Musik-, Ideen- und auch Schönheitswettbewerbe. Wenn sich in einer Gemeinde zwei Bäcker die Versorgung der Bewohner mit Backwaren teilen, wird das als positiv empfunden. Beide Anbieter haben sich den Markt für Backwaren geteilt. Der Wettbewerb zwischen beiden sichert den Menschen feste und meist auch niedrige Preise. Doch schnell kann sich diese Situation verändern. Wenn einer von den beiden auf die Idee kommt, seine Marktanteile zu vergrößern oder wenn ein Dritter auf den Plan tritt, dann wird aus dem friedlichen Neben- und Miteinander plötzlich ein harter Kampf, ein Konkurrenzkampf. Dann spricht man zwar noch in der heutzutage üblichen euphemistischen Verharmlosung vom „Mitbewerber“, ehrlicher ist es aber, die Dinge bei ihrem richtigen Namen zu nennen: Konkurrent. Und der Vorgang, der sich auf den Märkten abspielt, ist alles andere als ein friedliches Mit- und Nebeneinander. Es ist ein harter Kampf, ein Konkurrenzkampf, bei dem es, wie bei jedem Kampf, um Sieg oder Niederlage, um Existenz oder Untergang geht.

Dieser Kampf kennzeichnet das heutige Wirtschaftsleben. Da geht es nicht mehr um bessere Produkte und niedrige Preise, sondern häufig um schlechtere Qualitäten, verminderte Leistungen zu höheren Preisen. Ziel ist es in diesem Kampf, die Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen, um dann als Monopolist den Markt zu beherrschen und die Preise diktieren zu können.

Von hohen Renditen bis zum Verlust von Arbeitsplätzen

Heutzutage, im Zeitalter der Globalisierung, oder muss es nicht korrekterweise heißen, eines weitestgehend liberalisierten Wirtschaftssystems, ist mit der Erringung einer Monopolstellung noch nicht das Ende aller Möglichkeiten erreicht. Da strebt zum Beispiel der Branchenprimus – auch das ist schon wieder eine verharmlosende Bezeichnung für den Monopolisten des deutschen Kreditwesens – die Deutsche Bank, eine Kapitalrendite, also die Verzinsung des eingesetzten Kapitals, von 40 Prozent an. Zweistellige Renditen erreicht man nur im Kasino, beim Glücksspiel, beim Zocken und Betrügen. Um dieses Renditeziel zu erreichen wurden bisher schon Tausende von Arbeitsplätzen geopfert, und es werden noch weitere folgen. Mittlerweile konkurrieren immer mehr, zunehmend auch mittelständische, Unternehmen um eine möglichst hohe Kapitalrendite. Den Preis zahlen in jedem Falle die Beschäftigten mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze.

Vom Standortwettbewerb zum „freien unverfälschten Wettbewerb“ in der EU

Blieb dieser Konkurrenzkampf bisher auf die Wirtschaft beschränkt, erfasst er mehr und mehr die Bereiche des öffentlichen Lebens, die Kommunen und die Staaten. Man nennt das dann, wie gewohnt euphemistisch, Standortwettbewerb. Da setzt eine Stadt wie Dresden ihren Status als Weltkulturerbe aufs Spiel, nur um für mögliche Investoren attraktiv zu werden. Und den Konkurrenzkampf der Staaten um den attraktivsten Standort bezahlen die Bürger mit dem Abbau ihrer sozialen Sicherungssysteme, der Renten- Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Kulturelle und Jugendeinrichtungen werden geschlossen. Was in Jahrhunderten organisch als Nation herangewachsen ist, verkommt heute zum Industriestandort! Um attraktiv zu werden, muss ein solcher Standort möglichst unternehmerfreundlich sein. Das heißt aber nichts anderes als keine oder nur geringe Steuern

auf Gewinne, keine Regulierungen und maximale Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, also kein Kündigungsschutz, kein Mindestlohn, keine Lohnnebenkosten. Nun schickt sich sogar ein ganzer Kontinent an, Sieger im internationalen Konkurrenzkampf zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, soll in der EU der Wettbewerb „frei und unverfälscht“ zum Tragen kommen.

Vom Apostel Paulus zu Adam Smith

Nun stellt sich die Frage nach den Ursachen und Wurzeln dieses Denkens und Verhaltens der Menschen. Es sind deren zwei, eine religiöse und eine moralphilosophische. Sie sind im Christentum und bei Adam Smith zu finden.

So will Paulus seine Sicht auf die Gestalt Jesu gegen die Sicht anderer, sogar der Mehrheit der Apostel durchsetzen. Dieses Bestreben vergleicht er mit einem Wettlauf in einer Sportarena, der den Kampfpfeil für den Sieger zum Ziel hat. Dabei schreckt er nicht davor zurück, seine Konkurrenten als „Pseudoapostel“ zu diffamieren und als „verschlagene Arbeiter, die sich wie der Satan zu Engeln des Lichts verstellen.“ Auf diese Weise wurde Paulus zum Hauptapostel des Christentums, die anderen verschwanden aus dem Bewusstsein.

Seinen schlimmsten Ausdruck findet dieses Konkurrenzdenken in den verbittert geführten Religionskriegen zwischen den Anhängern verschiedener Konfessionen. Auch deshalb ist es wohl so tief im Bewusstsein des Abendlandes verwurzelt.

Der Protestantismus, insbesondere der Calvinismus brachte eine weitere Verschärfung eines religiös motivierten Konkurrenzdenkens. Hier wurde der geschäftliche Erfolg, also auch die Ausschaltung oder Vernichtung eines Konkurrenten als besonderer Gnadenerweis Gottes angesehen. Damit wird eine theologische Rechtfertigung für das kapitalistische Profitstreben gegeben.

Die Gedanken und Überlegungen von Adam Smith bilden dann gegen Ende des 18. Jahrhunderts die moralphilosophisch begründete Ursache für das Verhalten der im Wirtschaftsprozess Tätigen. Smith war Moralist und suchte nach Wegen und Möglichkeiten, wie die Menschen und Nationen nach der Befreiung von feudalen Fesseln zu Wohlstand und Glück gelangen können. „Nicht vom Wohlwollen des Metzger, Brauers oder Bäckers erwarten wir unsere Mahlzeiten, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Im gleichen Sinne schreibt de Mandeville in seiner „Bienenfabel“ ...“wenn jeder nur auf sein Eigenwohl bedacht ist, geht es einer Gesellschaft insgesamt besser.“ Damit wird das Laster der Habsucht zum lobenswerten Geschäftssinn.

Das Ordnungsinstrument ist für Smith der Markt, der mit seiner „unsichtbaren Hand“ alles regelt. Dadurch wird der Markt metaphysisch überhöht, als gottgegeben oder naturnotwendig angesehen. Ihn in Frage zu stellen oder zu kritisieren, kommt einer Gotteslästerung oder der Leugnung eines Naturgesetzes gleich.

Vom Eigeninteresse zur Korruption

Die Gedanken von Adam Smith waren aktuell, als es darum ging, den durch den Liberalismus erreichten politischen Freiheiten auch die ökonomischen folgen zu lassen. Die Eigeninitiative war der Ausdruck des freien Bürgers.

Heute führt diese Auffassung jedoch zum ökonomischen Extremismus, dem Neoliberalismus. Die frühkapitalistischen Formeln wurden von Ökonomen wie Hayek und Friedman wieder aufgegriffen:

„Die soziale Verantwortung eines Unternehmens besteht darin, seine Gewinne zu erhöhen.“
Und

„Das Eigeninteresse ist der beste Weg, das Gemeinwohl zu erreichen.“

Eine dritte Ursache für das Konkurrenzdenken ist im Menschenbild begründet, das viele von sich und den Anderen haben. Konkurrenz ist nötig, um im Kampf ums tägliche Brot zu bestehen. Und es schafft Befriedigung und Macht, Freude sich, mit welchen Mitteln auch immer, „durchgesetzt“ zu haben.

An dieser Stelle sei an den griechischen Philosophen Diogenes erinnert. Vor 2500 Jahren fragte er einen jungen Mann, der ihm gegenüber seine Freude darüber zum Ausdruck brachte, im olympischen Kampf den Siegeslorbeer errungen zu haben. „Ist es wirklich eine Freude, einen Schwächeren besiegt zu haben?“

Um den Konkurrenzkampf einigermaßen eingrenzen zu können, gibt es inzwischen viele Gesetze und Verordnungen, es sind Behörden und Kontrolleinrichtungen geschaffen worden. Unternehmer und Gewerkschaften haben sich auf Tarifverträge geeinigt. Gibt es Verstöße, werden diese gerichtlich geahndet. In den letzten Jahren häufen sich die Fälle in denen die Bestimmungen zwar nicht verletzt, aber doch auf mannigfaltige Weise umgangen werden. Dann gibt es manchmal ein Bauernopfer, aber die neuen Fakten bleiben bestehen.

Da wurden bei VW der Vorsitzende des Betriebsrates bestochen, um in einem Teilbetrieb den bestehenden Tarifvertrag zu kippen. Diese Aktion hieß wohltonend: „5000 für 5000.“ Der neue Tarif sollte zum Maßstab für die anderen Konzernbetriebe werden. Zur politischen Absicherung wurden gleich noch jeweils zwei Landtags- und Bundestagsabgeordnete korrumpiert.

Noch dreister verfuhr der Weltkonzern Siemens. Mir der Schaffung der Gewerkschaft unabhängiger Betriebsräte, die dann auch finanziell unterstützt wurde, schaffte sich das Unternehmen einen willfährigen Tarifpartner.

Vom Bundeskartellamt zum internationalen Gerichtshof

Es gibt ein Bundeskartellamt, welches verhindern soll, dass sich marktbeherrschende Monopole bilden. Diese Behörde hatte zunächst den geplanten Zusammenschluss des Energieversorgers EON mit dem Gasversorger Ruhrgas verboten, weil dadurch ein marktbeherrschendes Monopol entstanden wäre. Die Politik machte sich zum Erfüllungsgehilfen der Konzerne, indem mit einer sog. Ministererlaubnis der Einspruch des Kartellamtes außer Kraft gesetzt und der Zusammenschluss genehmigt wurde. Neues Unheil droht von der EU. Nachdem die berüchtigte Bolkestein-Richtlinie – sie sah vor, dass die sozialen Standards des Herkunftslandes auch im Aufnahmeland gelten sollten- durch das europäische Parlament verhindert werden konnte, hat der Europäische Gerichtshof einen Beschluss verkündet, der ganz auf der Bolkestein-Linie liegt und im Sinne des neoliberalen Lissabonvertrages ist. Hier wurde den hiesigen öffentlichen Auftraggebern untersagt, bei Bauleistungen von Anbietern aus Drittländern die Zahlung der hierzulande üblichen Tariflöhne zu verlangen. So hebt das höchste europäische Gericht soziale Standards aus! So deprimierend diese Fakten und Tendenzen auch sein mögen, dürfen sie doch nicht entmutigen. Im Gegenteil, es braucht weitere und strengere Gesetze, Regelungen und vor allem Kontrollen, um dem ungehinderten Konkurrenzkampf zu begegnen. Vor allem gilt es, internationale Konzerne zur Einhaltung ökologischer, sozialer und menschenrechtsrelevanter Standards zu zwingen. Vor einem internationalen Gerichtshof muss die Einhaltung dieser Standards einklagbar sein, Verletzungen geahndet werden können. Vor einer solchen Institution könnten beispielsweise die Bewohner des Nigerdeltas gegen den Shell-Konzern vorgehen, der durch seine Erdölförderung ihre Siedlungsgebiete zerstört und ihre Existenzgrundlage vernichtet hat.

Von der Formulierung der Menschenrechte zur UN-Konvention für transnationale Unternehmen

Es ist dringend geboten, nach Möglichkeiten zu suchen, diesem Konkurrenzkampf zu zügeln, durch den die Wirtschaft der Welt in immer größere Turbulenzen und Krisen gebracht wird. Die Voraussetzung für entsprechende verbindliche Regelungen bildet die Richtlinie einer Unterkommission der Kommission für Menschenrechte der Vereinten Nationen. Sie wurde auf der 55. Sitzung der UN-Vollversammlung im Jahre 2003 verabschiedet. Dieses Dokument richtet sich an transnationale Konzerne und andere Wirtschaftsunternehmen und fordert die Einhaltung von menschenrechtsrelevanten Konventionen, sowie wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Standards. Für deren Einhaltung werden die Manager, Vorstände und Aufsichtsräte oder Geschäftsführer oder Unternehmer verantwortlich gemacht. Durch die Unternehmen sollen Handlungsrichtlinien zur Realisierung dieses Beschlusses aufgestellt werden.

Einen wichtigen Schritt zur Durchsetzung dieses UN-Beschlusses ist das Konzept des Corporate Social Responsibility (CSR).

Nach der autorisierten Definition der EU-Kommission beinhaltet dieses Konzept die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung durch die Unternehmen.

Menschenrechtsstandards, soziale und ökologische Belange sind in die Tätigkeit der Unternehmen ebenso aufzunehmen wie in ihren Beziehungen zu ihren Kunden und Lieferanten. Grundlage bildet die Anerkennung der sieben UN- Kernkonventionen und der Normen der internationalen Arbeitsorganisation, der ILO. Das sind u.a. die beiden UN-Pakte über bürgerliche und politische Rechte, über wirtschaftliche soziale und kulturelle Rechte. Die Frauen- und Kinderkonvention, die Antifolterkonvention, die Konvention zum Schutz der Wanderarbeiter und ihrer Familien.

Die ILO-Arbeitsnormen umfassen u.a. die Vereinigungsfreiheit, das Recht zu Kollektivverhandlungen, das Verbot der Zwangsarbeit, das Verbot der Kinderarbeit, die Nichtdiskriminierung im Beruf sowie den Arbeits- und Gesundheitsschutz im Betrieb. Des Weiteren geht es um Nachhaltigkeit bei Produkten, Verfahren und der Qualität. Wie schon gesagt, alle diese Faktoren beziehen sich nicht nur auf das Unternehmen, sondern auch auf das Verhältnis zu seinen Kunden und Lieferanten, den Stakeholdern.

Das UN Global Compact ist derzeit die einzige Stelle, welche Berichte über die Wirksamkeit von CSR anfordern kann. Als unterste Stufe des CSR gilt das Sponsoring von Nichtregierungsorganisationen, den NGOs. Transnationale Konzerne wie Shell, Microsoft, Philipps oder Telekom zahlen hier an Organisationen wie Ärzte ohne Grenzen, „SOS Kinderdorf“ oder an das Rote Kreuz und rühmen sich dann noch dieses Feigenblattes. Ebenso heuchlerisch ist es, die Einhaltung von Menschenrechten und sozialen Standards nur von den außereuropäischen Ländern zu fordern, während z.B. im eigenen Land den Frauen für gleiche Arbeit noch nicht der gleiche Lohn gezahlt wird.

Von der Konkurrenz zum Dienst am Gemeinwohl

Nur von den Unternehmen zu fordern, ihre Einstellung zu Inhalt und Ziel ihrer Tätigkeit zu ändern, ist zu wenig, aber auch unbillig. Wir alle sind gefordert. Beginnen müssen wir mit der Erweiterung unseres Menschenbildes und unseres Verhaltens. Der Mensch ist nicht nur das Einzelwesen, für den es nur um Eigennutz und die Befriedigung seiner Interessen geht. Daneben ist in gleichem Maße der Wunsch und das Bedürfnis nach Kooperation vorhanden und ausgeprägt. Sie zeigt sich im familiären und verwandtschaftlichen Bereich ebenso wie in der Nachbarschaft und Freundschaft. Leider hat Kooperation im Berufsleben heute keinen Platz mehr. Dabei zwingt doch die immer arbeitsteiliger werdende Produktion gerade zur

Kooperation. Wissenschaftliche Entwicklung ist ohne Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung nicht mehr möglich.

Es gibt Versuche, die beweisen, dass die Menschen zur Kooperation fähig und bereit sind und nicht der einsame Jäger und Kämpfer.

Jesus hat uns nicht gesagt: "Konkurriert miteinander!" Seine Botschaft an seine Jünger und an uns lautet: "Liebet einander und dient einander!" Auf die wirtschaftliche Tätigkeit bezogen heißt das: nicht das Streben nach maximalem Profit, nach immer besserer Verwertung des Kapitals ist das Ziel, sondern der Dienst am Gemeinwohl und der größte Nutzen für die Gesellschaft. Gemeinwohl beschränkt sich nicht nur auf das Wohlergehen des Menschen. Gemeinwohl bedeutet die Erhaltung und den Schutz unserer Umwelt, den sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen, die schonende Belastung der Atmosphäre.

Diese Forderung stellt einen Paradigmenwechsel dar, den Wechsel vom Verdienen zum Dienen. Er ist möglich aus der Einsicht in seine Notwendigkeit. Niemand kann sein Verhalten mit Unwissenheit rechtfertigen. Wir sind heute aufgeklärt über die Folgen unseres Tuns oder Unterlassens. Wenn alle, und sei es nur mit kleinen Schritten, das Ziel angehen, kann es erreicht werden. Dann kann auch wieder vom Wettbewerb gesprochen werden, vom Wettbewerb um die besten Ideen und den besten Weg, diese zu verwirklichen.

Und noch ein Effekt, der heute schon leider nur in Einzelfällen auftritt, wird eintreten. Die Durchsetzung von Menschenrechten, sozialen Standards u.a.m. erhöht die Kosten der Unternehmen, schmälert die Gewinne. Gewinne, die gegenwärtig in Kanäle fließen, wo sie die Wirtschaft mehr lähmen als fördern.

Was können wir tun? Es stellt sich die Frage nach der Strategie. Es muss aufgeklärt und es muss öffentlicher Druck aufgebaut werden.